

Zbigniew Brzezinski, der unter US-Präsident Jimmy Carter Sicherheitsberater war, sucht nach einem Weg, wie die USA ohne weiteren Gesichtsverlust den Irak-Krieg beenden könnten, ohne den Zugriff auf das irakische Öl aufgeben zu müssen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 060/08 – 03.04.08**

Ende in Sicht

Ein geschickter Rückzug aus einem törichten Krieg

WASHINGTON POST, 30.03.08

(<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/03/27/AR2008032702405.html>)

Beide Präsidentschaftskandidaten der Demokraten wollen die Kampfhandlungen im Irak in den ersten 12 bis 16 Monaten nach ihrem möglichen Amtsantritt beenden. Der republikanische Kandidat will den Krieg, wenn nötig, noch hundert Jahre bis zum "Sieg" fortsetzen. Im Zentrum der Wahlkampagne steht also eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über den Sinn des Krieges und die Nutzen-Kosten-Relation bei seiner Fortsetzung.

Eine Beendigung der Kampfhandlungen durch die US-Streitkräfte ist unvermeidbar. Der Rückzug muss aber in breit angelegte politische und diplomatische Maßnahmen eingebettet sein, um die destabilisierenden Konsequenzen möglichst gering zu halten, die für die Region von der bald abtretenden Bush-Administration mit ihrem willkürlich begonnenen, demagogisch begründeten und dilettantisch geführten Krieg heraufbeschworen wurden. [Ich schreibe das als Mitglied der Demokratischen Partei, vertrete aber, weil ich Senator Barack Obama für den besseren Kandidaten halte, nur meine eigene Meinung.]

Der Gegensatz zwischen der Absicht der Demokraten, den Krieg zu beenden, und dem erklärten Willen der Republikaner, ihn fortsetzen zu wollen, ist überdeutlich und dramatisch. Die Absicht, den Krieg zu beenden, wird mit den ständig steigenden, aber nicht mehr zu finanzierenden Kosten begründet, während der Wille, "Kurs zu halten", unterschwellige Ängste schürt und vor "Worst-Case-Szenarien" (denkbar schlimmsten Entwicklungen) warnt. Die Vorhersagen über eine drohende regionale Katastrophe, die Präsident Bush und Senator John McCain verbreiten, erinnern stark an die Theorie von den "fallenden Dominosteinen", mit der das ständig ausgeweitete Engagement der USA in Vietnam begründet wurde. (Mit den Kriegen in Korea, Vietnam u. a. wollten die USA verhindern, dass sich der Sozialismus in einer Kettenreaktion wie bei nacheinander fallenden Dominosteinen in immer mehr Ländern ausbreitet.) Niemand kann beweisen, dass ein Ende des Krieges zu einem Destaster führen wird, aber die Angstmacherei erleichtert seine Fortsetzung.

Hätte man das amerikanische Volk vor mehr als fünf Jahren befragt, ob es für Bushs Versessenheit auf die Ablösung Saddam Husseins 4.000 tote und fast 30.000 verwundete Amerikaner und Kosten in Höhe mehrerer Billionen Dollar akzeptieren würde – wobei der weltweite Schaden, der den USA durch den Verlust an moralischer Glaubwürdigkeit und internationaler Verlässlichkeit entstand, kaum zu ermessen ist – wäre die Antwort mit ziemlicher Sicherheit ein eindeutiges "Nein" gewesen.

Mit dem Krieg werden die Ausgaben für dieses Fiasko nicht enden. Der Krieg hat nicht nur die irakische Gesellschaft zerrüttet und den Einfluss des Irans gestärkt, er hat auch in anderen Ländern des Mittleren Ostens und Südasiens antiamerikanische Leidenschaften angefacht. Der jüngste Besuch des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmedinedschad in

Bagdad hat doch eindeutig erwiesen, dass sogar die von den USA installierte irakische Regierung auf den iranischen Schmusekurs hereinfällt.

Um es kurz zusammenzufassen: Der Krieg ist zu einer nationalen Tragödie, einer ökonomischen Katastrophe, einem regionalen Desaster und einem globalen Bumerang für die USA geworden. Ihn zu beenden, ist deshalb von höchstem nationalem Interesse.

Das Ende der US-Kampfhandlungen ist nicht durch eine rein militärische Entscheidung herbeizuführen. Es sind (diplomatische) Vereinbarungen mit der irakischen Führung zu treffen, dass US-Streitkräfte in ausreichender Stärke im Irak verbleiben, die im Notfall gegen eine Bedrohung von außen, z. B. durch den Iran, Beistand leisten können. Es müssen auch Wege gefunden werden, wie die irakische Armee im Kampf gegen die noch im Irak operierende Al Qaida von den USA zu unterstützen ist.

Die Entscheidung zu einem partiellen militärischen Rückzug muss von politischen und regionalen Initiativen flankiert sein, die vor potentiellen Risiken schützen. Wir sollten unsere Entscheidungen mit allen irakischen Anführern diskutieren, auch mit denen, die nicht in Bagdads Grüner Zone residieren. Wir sollten mit allen Nachbarn des Iraks Gespräche über die regionale Stabilität führen, auch mit dem Iran.

Im Gegensatz zu den Republikanern, die behaupten, unser Rückzug verursache eine Katastrophe, bin ich der Meinung, dass ein sorgfältig geplantes Ausdünnen (unserer Besatzungsstreitkräfte) den Irak auf lange Sicht sogar stabiler machen würde. Dass die Beziehungen zwischen Schiiten und Sunniten in einen Sackgasse geraten sind, ist ein bitteres Nebenprodukt der destruktiven US-Besatzungspolitik, die den Irak in (immer tiefere) Abhängigkeit drängt und die irakische Gesellschaft verwüstet.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns an die britische Kolonialzeit erinnern, die uns Folgendes lehrt: Je länger wir im Irak bleiben, desto geringer ist der Anreiz für sich bekämpfende Gruppen, nach Kompromissen zu suchen. Sie werden sich nur zurück lehnen und abwarten. Ein ernsthafter Dialog mit den irakischen Anführern über den fortschreitenden Abzug der US-Truppen würde sie aus ihrer Lethargie aufrütteln.

Die Beendigung der US-Kriegshandlungen birgt natürlich einige Risiken, aber sie sind zu diesem verspäteten Zeitpunkt unvermeidlich. Einzelne Regionen des Iraks stehen schon unter Selbstverwaltung, so Kurdistan, einige Teile des schiitischen Südens und einige Stammesgebiete im sunnitischen Zentrum. Der Abzug des US-Militärs würde den innerirakischen Wettbewerb um effektivere Kontrolle der jeweiligen Territorien beschleunigen und könnte eine Phase stärkerer interner Konflikte auslösen. Aber diese Gefahr ist das unvermeidbare Risiko der überlangen US-Besetzung. Je länger sie noch dauert, umso schwieriger wird es sein, wieder einen existenzfähigen irakischen Staat zu schaffen.

Es ist auch wichtig, einzusehen, dass der größte Teil der irakischen Aufständischen nicht von Al Qaida inspiriert wurde. Vereinzelt auftretende Gruppen von Gotteskriegern haben nur dann an Stärke gewonnen, wenn sie sich mit dem Kampf gegen die verhassten ausländischen Besatzer identifiziert haben. Wenn die Besetzung endet und die Iraker selbst die Verantwortung für ihre innere Sicherheit übernehmen müssen, wird Al Qaida bald isoliert sein und kaum noch Einfluss nehmen können. Das Ende der Besetzung wird den Kampf gegen Al Qaida beflügeln und das in die Irre führende Abenteuer beenden, das nicht nur Al Qaida erst in den Irak gebracht, sondern auch die Vereinigten Staaten von Afghanistan abgelenkt hat, wo die Bedrohung durch Al Qaida entstanden ist und immer noch besteht.

Das Ende der US-Kampfhandlungen (im Irak) würde auch den Weg ebnen für breit angelegte Gespräche mit allen Nachbarn des Iraks.

Einige werden sich aber sehr zurückhalten, so lange Washington entschlossen zu sein scheint, die Besetzung des Iraks endlos auszudehnen. Deshalb sollte im nächsten Jahr, bald nachdem der Abzug angekündigt wurde, zu einer regionalen Konferenz zur Stabilisierung der Region, zur Kontrolle der Grenzen und zu weiteren Sicherheitsvereinbarungen eingeladen werden. Wenn dabei auch über die wirtschaftliche Entwicklung der Region verhandelt wird, könnte das die unvermeidlichen Risiken verringern, die mit einem Abzug von US-Streitkräften verbunden sind.

Weil alle Nachbarn fürchten, die heftigen ethnischen und religiösen Konflikte im Irak könnten auf ihre Länder übergreifen, werden sie aus unterschiedlichen Gründen alle an einer solchen Konferenz interessiert sein. Auch weiter entfernt liegende arabische Staaten wie Ägypten, Marokko oder Algerien könnten teilnehmen, und einige von ihnen wären vielleicht sogar bereit, eine Friedenstruppe in den Irak zu entsenden, wenn die fremden Besatzer abgezogen sind. Zusätzlich sollten wir ein regionales Wiederaufbau-Programm in Erwägung ziehen, um dem Irak zu helfen und die Belastungen zu mindern, unter denen besonders Jordanien und Syrien leiden, weil sie über 2 Millionen irakische Flüchtlinge aufnehmen mussten.

Eine umfassende US-Strategie zum Ausgleich der Fehler, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, braucht ein übergeordnetes Ziel. Wir sollten versuchen, den Mittleren Osten herunter zu kühlen, statt ihn weiter aufzuheizen. Mit dem Streben nach einer "unipolaren Welt", die Fanatiker der Bush-Administration nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion durchsetzen wollten, wurde nur Zeit vertan. Mit einer Politik, die einzig auf Gewaltanwendung setzt und militärische Gewalt und Besetzung als Demokratisierung maskiert, wurden nur Spannungen erzeugt, antikolonistische Ressentiments geweckt und der religiöse Fanatismus angestachelt. Die langfristige Stabilität des Mittleren Osten wurde zunehmend aufs Spiel gesetzt.

Die Beendigung des Krieges im Irak ist der unverzichtbare erste Schritt zur Befriedung des Mittleren Ostens, es werden aber weitere Maßnahmen folgen müssen. Es liegt im US-Interesse, den Iran in ernsthafte Verhandlungen einzubeziehen – aus Gründen der regionalen Sicherheit und wegen der atomaren Bedrohung, die von ihm ausgeht. Aber solche Verhandlungen bleiben unwahrscheinlich, so lange Washington schon vorher einseitige Zugeständnisse von Teheran verlangt. Den Iran militärisch zu bedrohen, ist ebenfalls kontraproduktiv, weil das nur die iranischen Nationalisten und die religiösen Fanatiker zusammenschweißt.

Wirkliche Fortschritte in dem abgewürgten israelisch-palästinensischen Friedensprozess würden auch helfen, die religiösen und nationalistischen Leidenschaften in der Region abzukühlen. Um diesen Prozess wieder in Gang zu setzen, müssen die Vereinigten Staaten energisch auf beide Seiten einwirken, damit sie sich endlich gegenseitig die Zugeständnisse machen, ohne die ein historischer Kompromiss nicht geschlossen werden kann. Frieden zwischen Israel und Palästina wäre ein Riesenschritt zu größerer regionaler Stabilität, und Israelis und Palästinenser könnten endlich beide an dem wachsenden Wohlstand im Mittleren Osten teilhaben.

Wir haben diesen Krieg leichtsinnig begonnen, wir müssen uns aber verantwortungsvoll daraus lösen: Auf jeden Fall müssen wir ihn beenden. Die Alternative wäre eine durch Angst paralyisierte Politik, die den Krieg fortsetzt – bis zum (endgültigen) historischen Niedergang Amerikas.

Zbigniew Brzezinski war nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten Jimmy Carter. Sein jüngstes Buch heißt "Second Chance: Three Presidents and the Crisis of American Superpower" (Die Zweite Chance: Drei Präsidenten und die Krise der Supermacht Amerika).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern versehen. Die Ratschläge Brzezinskis sind nicht neu. Alles was er vorträgt, hat auch schon die Baker-Kommission Ende 2006 empfohlen. Wir haben in der LP 139/06 darüber berichtet. Damals war der Irak noch nicht ganz so stark zerstört wie heute, einige Zehntausend irakische Zivilisten lebten noch und erst 2.900 GIs waren bis zu diesem Zeitpunkt getötet worden. Auch Brzezinski will wie Baker den Zugriff auf das irakische Öl sichern – nicht mehr mit militärischen Mitteln, weil die Vereinigten Staaten bankrott sind und ihre Armee verchlissen ist, sondern durch eine "Friedensoffensive", die alle von den USA verursachten Probleme auf andere Staaten abwälzt. Weil ein neuer schrecklicher US-Angriffskrieg gegen den Iran immer näher rückt, haben wir wenig Hoffnung, dass sich die nicht nur für den Mittleren Osten verheerende US-Politik in absehbarer Zeit ändert. Für unser Englisch sprechenden Leser drucken wir anschließend den Originaltext des übersetzten Artikels ab.)

washingtonpost.com

END IN SIGHT

The Smart Way Out of a Foolish War

By Zbigniew Brzezinski

Sunday, March 30, 2008; B03

Both Democratic presidential candidates agree that the United States should end its combat mission in Iraq within 12 to 16 months of their possible inauguration. The Republican candidate has spoken of continuing the war, even for a hundred years, until "victory." The core issue of this campaign is thus a basic disagreement over the merits of the war and the benefits and costs of continuing it.

The case for U.S. disengagement from combat is compelling in its own right. But it must be matched by a comprehensive political and diplomatic effort to mitigate the destabilizing regional consequences of a war that the outgoing Bush administration started deliberately, justified demagogically and waged badly. (I write, of course, as a Democrat; while I prefer Sen. Barack Obama, I speak here for myself.)

The contrast between the Democratic argument for ending the war and the Republican argument for continuing is sharp and dramatic. The case for terminating the war is based on its prohibitive and tangible costs, while the case for "staying the course" draws heavily on shadowy fears of the unknown and relies on worst-case scenarios. President Bush's and Sen. John McCain's forecasts of regional catastrophe are quite reminiscent of the predictions of "falling dominoes" that were used to justify continued U.S. involvement in Vietnam. Neither has provided any real evidence that ending the war would mean disaster, but their fear-mongering makes prolonging it easier.

Nonetheless, if the American people had been asked more than five years ago whether Bush's obsession with the removal of Saddam Hussein was worth 4,000 American lives, almost 30,000 wounded Americans and several trillion dollars -- not to mention the less precisely measurable damage to the United States' world-wide credibility, legitimacy and

moral standing -- the answer almost certainly would have been an unequivocal "no." Nor do the costs of this fiasco end there. The war has inflamed anti-American passions in the Middle East and South Asia while fragmenting Iraqi society and increasing the influence of Iran. Iranian President Mahmoud Ahmadinejad's recent visit to Baghdad offers ample testimony that even the U.S.-installed government in Iraq is becoming susceptible to Iranian blandishments.

In brief, the war has become a national tragedy, an economic catastrophe, a regional disaster and a global boomerang for the United States. Ending it is thus in the highest national interest.

Terminating U.S. combat operations will take more than a military decision. It will require arrangements with Iraqi leaders for a continued, residual U.S. capacity to provide emergency assistance in the event of an external threat (e.g., from Iran); it will also mean finding ways to provide continued U.S. support for the Iraqi armed forces as they cope with the remnants of al-Qaeda in Iraq.

The decision to militarily disengage will also have to be accompanied by political and regional initiatives designed to guard against potential risks. We should fully discuss our decisions with Iraqi leaders, including those not residing in Baghdad's Green Zone, and we should hold talks on regional stability with all of Iraq's neighbors, including Iran.

Contrary to Republican claims that our departure will mean calamity, a sensibly conducted disengagement will actually make Iraq more stable over the long term. The impasse in Shiite-Sunni relations is in large part the sour byproduct of the destructive U.S. occupation, which breeds Iraqi dependency even as it shatters Iraqi society. In this context, so highly reminiscent of the British colonial era, the longer we stay in Iraq, the less incentive various contending groups will have to compromise and the more reason simply to sit back. A serious dialogue with the Iraqi leaders about the forthcoming U.S. disengagement would shake them out of their stupor.

Ending the U.S. war effort entails some risks, of course, but they are inescapable at this late date. Parts of Iraq are already self-governing, including Kurdistan, part of the Shiite south and some tribal areas in the Sunni center. U.S. military disengagement will accelerate Iraqi competition to more effectively control their territory, which may produce a phase of intensified inter-Iraqi conflicts. But that hazard is the unavoidable consequence of the prolonged U.S. occupation. The longer it lasts, the more difficult it will be for a viable Iraqi state ever to reemerge.

It is also important to recognize that most of the anti-U.S. insurgency in Iraq has not been inspired by al-Qaeda. Locally based jihadist groups have gained strength only insofar as they have been able to identify themselves with the fight against a hated foreign occupier. As the occupation winds down and Iraqis take responsibility for internal security, al-Qaeda in Iraq will be left more isolated and less able to sustain itself. The end of the occupation will thus be a boon for the war on al-Qaeda, bringing to an end a misguided adventure that not only precipitated the appearance of al-Qaeda in Iraq but also diverted the United States from Afghanistan, where the original al-Qaeda threat grew and still persists.

Bringing the U.S. military effort to a close would also smooth the way for a broad U.S. initiative addressed to all of Iraq's neighbors. Some will remain reluctant to engage in any discussion as long as Washington appears determined to maintain its occupation of Iraq indefinitely. Therefore, at some stage next year, after the decision to disengage has been announced, a regional conference should be convened to promote regional stability, bor-

der control and other security arrangements, as well as regional economic development -- all of which would help mitigate the unavoidable risks connected with U.S. disengagement.

Since Iraq's neighbors are vulnerable to intensified ethnic and religious conflicts spilling over from Iraq, all of them -- albeit for different reasons -- are likely to be interested. More distant Arab states such as Egypt, Morocco or Algeria might also take part, and some of them might be willing to provide peacekeeping forces to Iraq once it is free of foreign occupation. In addition, we should consider a regional rehabilitation program designed to help Iraq recover and to relieve the burdens that Jordan and Syria, in particular, have shouldered by hosting more than 2 million Iraqi refugees.

The overall goal of a comprehensive U.S. strategy to undo the errors of recent years should be cooling down the Middle East, instead of heating it up. The "unipolar moment" that the Bush administration's zealots touted after the collapse of the Soviet Union has been squandered to generate a policy based on the unilateral use of force, military threats and occupation masquerading as democratization -- all of which has pointlessly heated up tensions, fueled anti-colonial resentments and bred religious fanaticism. The long-range stability of the Middle East has been placed in increasing jeopardy.

Terminating the war in Iraq is the necessary first step to calming the Middle East, but other measures will be needed. It is in the U.S. interest to engage Iran in serious negotiations -- on both regional security and the nuclear challenge it poses. But such negotiations are unlikely as long as Washington's price of participation is unreciprocated concessions from Tehran. Threats to use force on Iran are also counterproductive because they tend to fuse Iranian nationalism with religious fanaticism.

Real progress in the badly stalled Israeli-Palestinian peace process would also help soothe the region's religious and nationalist passions. But for such progress to take place, the United States must vigorously help the two sides start making the mutual concessions without which a historic compromise cannot be achieved. Peace between Israel and Palestine would be a giant step toward greater regional stability, and it would finally let both Israelis and Palestinians benefit from the Middle East's growing wealth.

We started this war rashly, but we must end our involvement responsibly. And end it we must. The alternative is a fear-driven policy paralysis that perpetuates the war -- to America's historic detriment.

Zbigniew Brzezinski was national security adviser to President Jimmy Carter. His most recent book is "Second Chance: Three Presidents and the Crisis of American Superpower."

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern